

Klaus Pedersen

# **Naturschutz und Profit**

**Menschen zwischen Vertreibung und Naturzerstörung**

UNRAST

# Zerstörung von Biodiversität

## Die deutsche Tropenwaldpolitik

Laut Schätzungen der Welternährungsorganisation (FAO) wurden seit 1990 alljährlich über 15 Millionen Hektar Wald vernichtet, was einem Rückgang von 7-8% der globalen Waldfläche im Laufe des letzten Jahrzehnts entspricht. Darüber wundert sich das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und meint: »Hohe Kapitalerträge und hohe Marktpreise für Waldprodukte in den Erzeugerländern, sowie große Nachfrage und Wertschätzung auch immaterieller Waldfunktionen in den Verbraucherländern sollten eigentlich dazu führen, dass Waldzerstörung insgesamt schon aus wirtschaftlichem Nutzenkalkül unterbleibt« (BMZ 2004). Anschließend erklärt uns das BMZ, wie das Paradoxon der Waldzerstörung trotz der hohen Kapitalerträge für Waldprodukte zustande kommt: Die Leistungspotentiale der Multifunktionalität des Waldes (Wald ist mehr als Holz) würden in der Praxis nicht oder völlig unzureichend monetär bewertet, weil die Zuordnung von Marktpreisen im Waldsektor wesentlich schwieriger und methodisch anspruchsvoller sei als in anderen Sektoren der Volkswirtschaft. Nicht der marktwirtschaftliche Angriff auf bestehende Subsistenzwirtschaften, sondern das Fehlen einer konsequenten preislichen Bewertung sämtlicher Bestandteile des Waldes gilt als Ursache für seine Zerstörung.

Wenig überraschend, aber immer wieder beeindruckend ist der neoliberale Starrsinn, mit dem versucht wird, auf fortbestehende Symptome die stets gleichen marktwirtschaftlichen Rezepte anzuwenden. Die zirka 1,1 Milliarden Menschen weltweit, die in extremer Armut leben und deren Überleben oftmals direkt von den Wäldern abhängt, kommen in dem »wirtschaftlichen Nutzenkalkül« erst gar nicht vor.

Der eingangs zitierte Fortschrittsbericht des BMZ bietet eine Reihe von Einblicken in die Denkweise des Ministeriums. So wird darüber geklagt, dass »Medizinalpflanzen (der Wälder, K.P.) weder preislich bewertet noch Bestandteil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (sind). ... Bei einer anstehenden Entscheidung zur Nutzungsartenänderung, z.B. zur Umwandlung des Waldes in Palmölplantagen, erscheint diese insofern volkswirtschaftlich attraktiv, da Kosten für den Ersatz der Medizinalpflanzen nicht in Betracht gezogen werden.« Man ist geneigt, dem BMZ ob dieses Lamentos rührende Naivität zu bescheinigen, wäre nicht bekannt, dass die Ausklammerung

subsistenzwirtschaftlicher Leistungen aus der volkswirtschaftlichen Bilanz zu den Grundprinzipien kapitalistischer Rechnungsführung gehört. Hinter dem Lamento steckt ein gerüttelt Maß an Doppelzüngigkeit, denn eine angemessene Entschädigung für die Zerstörung ihrer Wälder bekamen indigene Völker nur in extrem seltenen Fällen. In der Regel haben die Kahlschlag- und Plantagen-Konzessionäre keine Veranlassung und erst recht kein Interesse, sich um die »Kosten für den Ersatz der Medizinalpflanzen« zu kümmern, die der lokalen Bevölkerung verloren gehen.

Den MitarbeiterInnen des deutschen Entwicklungshilfeministeriums ist gut bekannt, dass die Heilpflanzen zusammen mit der traditionellen Heilkunde in den »Partnerländern« des Südens für große Teile der Bevölkerung die einzigen Quellen medizinischer Versorgung darstellen. Nach vom BMZ selbst veröffentlichten Schätzungen werden 80 Prozent des Arzneibedarfs in diesen Regionen mit aus dem Wald stammenden Medizinalpflanzen abgedeckt. Wenn es aber um die »monetäre Bewertung« von Medizinalpflanzen geht, werden die gravierenden Folgen für eben diese Bevölkerungsteile ignoriert oder bewusst verschwiegen.

Ein klassisches Beispiel für das, was passiert, wenn Medizinalpflanzen unter den Bedingungen der »freien« Marktwirtschaft in die »volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« einbezogen werden, ist die »erschließung« des Neembaums in Indien. Im Zuge seiner Kommerzialisierung und der rund 100 Patente, die inzwischen auf ihm lasten, hat sich der Preis für Neem-Samen heute mehr als verzwanzigfach. Eine Internetrecherche zu den aktuellen Großhandelspreisen (September 2007) ergab, dass für eine Tonne Neem-Samen, die früher für umgerechnet 11 US-\$ zu haben war, heute 292 US-\$ zu zahlen sind. Eine ursprünglich für jedermann verfügbare Quelle traditioneller Medizin wurde für die lokale Bevölkerung unerschwinglich und verwandelte sich in ein – aus lokaler Sicht – exorbitant teures Naturprodukt, das einer Industrie als Rohstoff dient, deren Abnehmer in den »Verbraucherländern« des Nordens wohnen. Selbst »kleinere indische Firmen und Landwirte sind nicht mehr in der Lage, Neem-Samen einzukaufen«, heißt es in einer von Thomas Wels (2007) zitierten Analyse des Bundesumweltministeriums. »Wegen der Patente konnten die Inder ihr Produkt nicht einmal mehr exportieren. Einheimische Strukturen werden systematisch zerstört«, heißt es in dem Beitrag.

Globale Tropenwaldpolitik wird nicht nur vom BMZ gemacht. Einen weit- aus größeren Einfluss übt die Weltbank aus, deren Politik von der BRD jedoch mitzuverantworten ist. Deutschland ist drittgrößter Anteilseigner dieser

Finanzinstitution, wickelt 10 Prozent seiner ›Entwicklungshilfe‹-Projekte über die Weltbank ab und ist dadurch mitverantwortlich für die systematische Abschwächung und Aushöhlung der ökologischen und sozialen Mindeststandards, die sich die Weltbank in den 90er Jahren ursprünglich verordnet hatte. Die neue, im Oktober 2002 in Kraft getretene Richtlinie bedeutet »einen Rückfall in die sozial wie ökologisch destruktive Förderpolitik der 80er Jahre« (urgewald e.V. et al. 2006). Ist es nun Schizophrenie oder Scheinheiligkeit, wenn eine Regierung, die diese destruktive Politik maßgeblich mitverantwortet, von ihrer eigenen Politik behauptet: »Ökologische und soziale Mindeststandards (*Safeguards*) bei Programm-/Projektförderung und -durchführung sind eines der Kernstücke der deutschen Wald-Entwicklungszusammenarbeit« (BMZ 2004).

### **Waldzonierung – die logistische Vorbereitung der Zerstörung**

Die Situation in der Demokratischen Republik Kongo, jenem Land, in dem die Europäische Union unter deutscher Führung im Sommer 2006 militärische Übungen zur Sicherung der Demokratie abhielt, ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Widersprüchlichkeit der imperialen Entwicklungspolitik im Waldsektor.

Diese Widersprüche bestehen darin, dass einerseits Waldschutz in den Ländern des Südens mit ›Entwicklungshilfe‹ gefördert wird. Zugleich werden Kredite für Abholzungsprogramme vergeben, um die makroökonomischen Kennziffern dieser jeweiligen Länder aufzubessern. Die Kollision dieser beiden Zielstellungen hofft man durch ›Zonierung‹ unter einen Hut zu bringen, indem ein Teil der Wälder zu Schutzgebieten erklärt und ein anderer Teil der industriellen Verwertung preisgegeben wird.

Um die Situation im Kongobecken zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, dass – trotz der jahrzehntelangen Plünderung des Landes durch den Diktator Mobutu und trotz der Rohstoffkriege verschiedenster Fraktionen im Grenzgebiet zu Uganda und Ruanda – der Großteil der Wälder des Landes von Kahlschlag und industrieller Holzgewinnung verschont geblieben sind. Gemessen an anderen afrikanischen Ländern ist die jährliche Entwaldungsrate (0,4%) als niedrig einzustufen. Zu verdanken ist das unter anderem den Stanley Wasserfällen. Das auf dem Kongofluss aus dem Landesinneren transportierte Holz muss an dieser Stelle auf Güterzüge bzw. Trucks umgeladen werden – Transportmittel, die während der Bürgerkriegszeit meistens überhaupt nicht oder nur sehr eingeschränkt zur Verfügung standen. Die



*Nicht aus Baumplantagen: Transport von Hand gesägter Zedernholzbohlen  
(Foto: Klaus Pedersen)*

Bahnlinie war während der Mobuto-Herrschaft dem Verfall preisgegeben und befindet sich derzeit im Wiederaufbau (Counsell 2006). Simon Counsell von der britischen Rainforest Foundation befürchtet, dass nun durch den relativen Frieden in der Demokratischen Republik Kongo die dortigen Wälder in den kommenden Jahren dramatisch gefährdet werden könnten (Counsell 2005). Diese Wälder, die mehr als das Zweifache der Fläche Frankreichs bedecken und in denen 70 Prozent der Bevölkerung leben, sollen zu großen Teilen für die Holzgewinnung geöffnet werden. Dahinter steckt die fatale Idee, die kollabierte Wirtschaft des Landes mit Hilfe der Holzindustrie wieder in Gang bringen zu wollen. Das wird vermutlich die deutsche Danzer-Gruppe freuen, die zu den wenigen Firmen gehörte, die schon zu Mobutos Zeiten umfangreiche Einschlagskonzessionen besaß. Sie erstreckten sich zu jener Zeit über 2,4 Millionen Hektar. Weniger erfreut sein dürfte der Großteil jener 35 Millionen Menschen, die dort leben und deren Überleben ganz oder teilweise von diesen Wäldern abhängig ist.

Die Pläne von Weltbank und FAO laufen auf eine ›Zonierung‹ der kongole-sischen Wälder hinaus. Etwa die Hälfte soll zu ›Produktionswäldern‹ erklärt werden. Das bedeutet Abholzung und Anpflanzung von Baumplantagen. Um die Zonierung zu legitimieren, sollte, finanziert von der Weltbank und gefördert durch die FAO, ein ganzes Bündel neuer Gesetze im Eilverfahren durchgewunken werden. Es begann mit dem neuen Waldgesetz, das die pro-visorische Regierung der Demokratischen Republik Kongo im August 2002 in Kraft setzte. Anschließend wurde zur Erarbeitung zahlreicher Durchfüh-rungsbestimmungen von fragwürdiger Wirksamkeit gedrängt (siehe unten). Counsell (2005) bezeichnet es zurückhaltend als »ein Zeichen außerordentlicher Realitätsferne« der Weltbank, zu glauben, dass ein komplett neues Sys-tem der Waldgesetzgebung, bestehend aus zig präsidialen und ministeriellen Dekreten, innerhalb weniger Monate implementiert werden könnte.

Das Ziel von Zonierung und neuer Forstgesetzgebung besteht laut Welt-bankdokumenten darin, die Holzproduktion der Demokratischen Republik Kongo um das 60-100fache zu steigern (Zielgröße: 6-10 Millionen Kubikme-ter/Jahr), sowie in der »Schaffung eines günstigen Klimas für den industriellen Holzeinschlag« (Counsell 2005). Trotz gegenteiliger Beteuerungen und vorhandener Richtlinien sowohl bei der FAO als auch bei der Weltbank, gab es zu den neuen Waldgesetzen keine Konsultation mit den Waldge-meinden bzw. mit der Zivilgesellschaft. Damit nicht genug, die im Februar 2004 von 150 kongole-sischen Nichtregierungsorganisationen gemeinsam er-hobene Forderung nach einem effektiven Moratorium für Waldzonierung und Forstgesetze wurde schlichtweg ignoriert.

Erfahrungen aus anderen Ländern – Kamerun, Kambodscha, Indonesien, Honduras, Nikaragua – belegen, dass die industrielle Holzgewinnung ein für mafiose Geschäftspraktiken extrem anfälliger Bereich ist (Kasten 9). Damit verbunden ist die Gefahr, dass die Korruption auch andere Regierungs- und Verwaltungsstrukturen durchdringt – keine gute Ausgangsbasis für den vom EU-Militäreinsatz gesponserten demokratischen Neuanfang. In einer 2003 veröffentlichten Studie kam die amerikanische Consulting-Firma ARD, die dieses Gutachten im Auftrag der US-amerikanischen Regierung erstellt hatte, zu dem Schluss: »Angesichts der Regierungsschwäche könnte ein dauerhafter Frieden eine Periode intensiven Holzeinschlags in vielen Teilen des Kongo auslösen, verbunden mit Umweltverwüstung, Zerstörung und Reduzierung der biologischen Vielfalt sowie Beschädigung der materiellen Lebensgrund-lage von Menschengruppen, deren Überleben extrem von den Wäldern ab-hängig ist, zum Beispiel den Pygmäen des Kongobeckens, insgesamt etwa 4 Millionen Menschen« (zitiert bei Counsell 2005). Laut Counsells Bericht

haben ausländische Holzfirmen – insbesondere deutsche und französische – bei der Weltbank auf höchster Ebene Lobbyarbeit geleistet, um eine für die Holzindustrie günstige Regelung zu erwirken.

In dem 2006 erschienenen ›Alternativen Waldschadensbericht‹ (urgewald e.v. et al. 2006) wird beklagt, dass das BMZ den Weltbankkrediten zur Intensivierung des Holzeinschlags in der Demokratischen Republik Kongo zugestimmt hat, ohne die ökologischen und sozialen Mindeststandards eingefordert zu haben, die angeblich die Kernstücke der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Waldsektor sind. Mit dieser Handlungsweise degradiert das BMZ seinen ›Fortschrittsbericht‹ (BMZ 2004) zur Propagandaschrift und wird – nach den Worten der AutorInnen des Alternativen Waldschadensberichts – zum ›Steigbügelhalter‹ der destruktiven Weltbankpolitik. Das lässt erahnen, warum das BMZ derzeit 18,5 Millionen Euro für Naturschutzprojekte im Kongobecken ausgibt – teils als Feigenblatt und teils als Konzession an andere Interessengruppen, d. h. jene, deren Profit langfristig von Biodiversität und genetischen Ressourcen abhängt.

Eine Folge-Analyse (Counsell 2006) förderte Folgendes zu Tage: Dreieinhalb Jahre nach Verabschiedung des Forstgesetzes von 2002 waren nur 13 der geplanten Dekrete und Durchführungsbestimmungen überhaupt unterzeichnet worden, von denen durch internationalen Gutachter nur vier als »von ausreichender Qualität in ihrer derzeitigen Form« eingeschätzt wurden. Nur ein einziges dieser Dokumente war bis dahin in einem Gesetzblatt veröffentlicht worden. Für keine der ungefähr 25 fehlenden Durchführungsbestimmungen war zu diesem Zeitpunkt überhaupt begonnen worden, einen Entwurf zu erarbeiten. Das Alarmierende an dieser Entwicklung ist jedoch, dass sich sämtliche bislang verabschiedete Dekrete mit dem System der Konzessionen für industriellen Holzeinschlag befassen, während Durchführungsbestimmungen zu Gemeinderechten, kommunalen Wäldern und Umweltschutz schlichtweg fehlen. Im Jahr 2002 erwirkte die Weltbank bei der Regierung der Demokratischen Republik Kongo ein in der Praxis völlig unwirksames Moratorium für Holzeinschlagskonzessionen (Counsell 2006). Seine Unwirksamkeit fiel aufgrund der oben geschilderten Bedingungen (Stanley Fälle, zerfallene Eisenbahnlinie) allerdings nicht sonderlich ins Gewicht. Eine Aufhebung des Moratoriums wurde für Ende 2006 erwartet, wobei Simon Counsell es als unwahrscheinlich einschätzte, dass vor dem Ende des Moratoriums die ausstehenden Durchführungsbestimmungen verabschiedet werden würden, die insbesondere soziale und Umweltfragen regeln müssten (neuere Informationen konnten bis zur Drucklegung nicht

## Kasten 9

### **Die Holzmafia in der »Biosphäre der Deutschen«**

Im Biosphärenreservat Rio Plátano (Honduras, 8.000 km<sup>2</sup>) hatte sich die Entwicklungszusammenarbeit viel vorgenommen, in erster Linie die deutsche. Zwischen Februar 1997 und 2006 wurden dort 15,7 Millionen Euro ausgegeben – und die Projekte laufen weiter. Zunächst sollten ein Managementplan erarbeitet und die Kernzone des Reservats abgegrenzt werden. Dann wollte man die darin lebenden Familien umsiedeln. Eine Parkverwaltung mit Kontrollstützpunkten sollte den illegalen Holzeinschlag unterbinden und die Migration von SubsistenzbäuerInnen in die Pufferzone eindämmen. Für die in der Pufferzone lebenden Menschen wollte man eine Infrastruktur aufbauen und wirtschaftliche Alternativen schaffen. Schließlich sollte ein Bodenkataster für geordnete Eigentumsverhältnisse sorgen. Der Löwenanteil für diese Maßnahmen kam von der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ins Land. Die GTZ wiederum hat einen Teil dieser Aufgaben an die Hamburger GFA Consulting Group ([www.gfa-group.de](http://www.gfa-group.de)) abgegeben. Das GTZ/GFA-Team, das der honduranischen Regierung in diesem Bereich schon vor etlichen Jahren die Zügel aus der Hand genommen hatte, macht sich angesichts des »desolaten Zustands des honduranischen Staatshaushalts« neuerdings Sorgen um die »Nachhaltigkeit« des Projekts. Abgesehen davon, dass die bodenlose Korruptheit der honduranischen Forstbehörde AFE-COHDEFOR (siehe unten), die der Hauptprojektpartner für die GTZ ist, offenbar weniger Sorgen zu bereiten scheint, trifft die desolate Haushaltsituation auf die GFA sicher nicht zu. Die mit über 250 Mitarbeitern in 70 Ländern operierende Consulting-Firma kassierte am Rio Plátano als Nachauftragnehmerin der GTZ 4,2 Mio. Euro ab.

Von ihren selbstgesteckten Zielen hat die GTZ bisher nur wenige erreicht: Die 140 in der Kernzone lebenden Familien wurden entfernt. Am Südeingang des Parks prunkt seit Ende 2004 ein Verwaltungspalast, der dem Gebiet den Spitznamen »Biosphäre der Deutschen« einbrachte. Die Kernzone ist demarkiert und die Kontrollstützpunkte sind eingerichtet. Viel mehr kann dieses Prestigeprojekt nachhaltiger Entwicklung bisher aber nicht aufweisen. Nach 6 Jahren Laufzeit ist selbst die GTZ zu der Erkenntnis gelangt, dass »der Schutz und das Management der Kernzone nicht einfach durch den Einsatz von paramilitärischen Rangern sichergestellt werden kann« (Facharbeitskreis Waldwirtschaft 2003). Die



Engstirnigkeit der GTZ ist schon beeindruckend. Schon bevor der erste Cent ausgegeben wurde, hätten die Verantwortlichen erkennen müssen, dass in einem Land, in dem in den 80er Jahren die Bodenreform brutal abgewürgt und hunderte BauernführerInnen ermordet wurden, die ungelöste Landfrage eines der größten Probleme darstellt. Der Ansatz, dem Siedlungsdruck migrierender SubsistenzbäuerInnen mit Parkrangern zu begegnen, erscheint dabei so konsequent wie wirkungslos.

Im Gegensatz zur erfolgreichen Entfernung der 140 Familien aus der Kernzone des Reservats ist das Projekt, wie die GTZ selbst eingesteht, an der eigentlichen Schlüsselfrage gescheitert, nämlich bei der Unterbindung der Aktivitäten der Holzmafia. Da AFE-COHDEFOR, die staatliche Forstbehörde, der wichtigste Projektpartner von GTZ/GFA ist, verwundert das jedoch nicht sonderlich. Die Korruption dieser Behörde ist notorisch (EIA 2005). Während sie die örtliche Bevölkerung drakonisch bestraft, wenn sie Holz für den Eigenbedarf entnimmt, werden beide Augen zugedrückt, wenn die Sattelschlepper der Holzmafia nachts die Stämme wegfahren, um sie unter anderem dem Imperium von José Lamas einzuverleiben, dem größten Holzhändler und vermutlich reichsten Mannes von Honduras. Den Holzbaronen wurde sogar die Errichtung eines Sägewerks inmitten des Biosphärenreservat gestattet (Richards 1998). Der frühere AFE-COHDEFOR-Chef, Marco Vinicio Arías, wurde im Jahr 2002 öffentlich beschuldigt, illegalen Holzeinschlag erlaubt zu haben. Auch dem Parlamentspräsidenten Porfirio Lobo Sosa, der ebenfalls früher AFE-COHDEFOR-Chef war, werden enge Beziehungen zur Holzmafia nachgesagt.

Wie in anderen Ländern dieser Region liegen illegale Holzextraktion, Drogenschmuggel und Gewaltkriminalität dicht beieinander. Fester Bestandteil dieses undurchdringlichen Filzes sind korrupte RegierungsvertreterInnen, mit denen die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die eine Kooperation auf staatlicher Ebene betreibt, zwangsläufig zusammenarbeiten muss.

Basisbewegungen wie die lokale Umweltorganisation von Olancho MAO oder der Zivile Rat der Volks- und Indigenaorganisationen in Honduras, COPINH, hingegen dürften kaum zu den ProjektpartnerInnen der GTZ gehören. Zahlreiche Mitglieder dieser offensiv gegen den illegalen Holzeinschlag auftretenden Organisationen stehen auf den Todeslisten der Holzmafia. Heraldo Zúñiga und Roger Ivan Murillo Cartagena, zwei MAO-AktivistInnen, wurden am 20.12.2006 in der Stadt Guarizama von

Angehörigen der örtlichen Polizei erschossen. Damit erhöhte sich die Zahl der Umweltaktivisten, die seit 1995 in Honduras ermordet worden sind, auf acht. Die Motive von MAO und COPINH sind ebenso einfach und fundamental wie die der Campesinos ecologistas in Guerrero, Mexico: Entwaldung führt zum Absinken des Grundwasserspiegels und gräbt damit der Subsistenzwirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser ab. Die Unterbindung des illegalen Holzeinschlag hat daher für die Campesinos existentielle Bedeutung.

Auch sonst bleibt die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung an der nachhaltigen Entwicklung weit hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Die GTZ schreibt in ihrer Hauszeitschrift akzente, dass sie seit acht Jahren einen Beitrag zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Biosphäre Río Plátano und zur »langfristigen Verbesserung« der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen jener 45.000 Menschen leiste, die außerhalb der Kernzone siedeln (Klein 2005). Seit 2003 gäbe es dazu einen Managementplan für das Biosphärenreservat. Bereits im Jahr 2000 kritisierte jedoch Edgar Benitez, Direktor der Unabhängigen Kommission für Entwicklung und Umweltschutz, CIDCA, dass 5 Millionen US-Dollar für die Erarbeitung eines Managementplans ausgegeben wurden, in welchem das grundlegendste Problem – die kollektiven Landrechte der indigenen Bevölkerung – keinerlei Beachtung fand.

Das so genannte Co-Management durch die lokale Bevölkerung betrachten GTZ und GFA als ein Beispiel gelungener Partizipation und indigener Emanzipation. Die »JuniorpartnerInnen« der deutschen Entwicklungshilfe sind da anderer Ansicht. In einer Deklaration der Me-soamerikanischen Indigenen Völker wird das Konzept des Co-Managements als »nicht kompatibel mit der Vision und Kosmovision der indigenen Völker« bezeichnet. Unter Maßgabe, dass ihre Vision von Territorialität und Schutz der Biodiversität sich nicht auf die Akkumulation von Kapital reduzieren ließe, heißt es: »Die so genannten Schutzgebiete sind Teil unseres Zuhauses, denn sie befinden sich auf dem Territorium unserer Vorfahren.« Würden die Indigenas die volle Verantwortung und Verfügungsgewalt über das Biosphärenreservat haben, wären für die GFA vielleicht ein paar Millionen weniger zu verdienen gewesen. Aber das Geld hätte den in der Pufferzone lebenden Menschen zur Verfügung gestanden, um jene wirtschaftlichen Alternativen zu schaffen, deren Fehlen 2004 von der UNESCO noch immer beklagt wurde.

Modifiziert nach Pedersen (2006b).

ermittelt werden). Für diesen Zeitpunkt wurde, unter gleichzeitiger Annahme wieder hergestellter Transportwege, mit dem eigentlichen Boom der Holzgewinnung im Kongobecken gerechnet. Einer Information im WRM-Bulletin Nr. 117 zu Folge sind unbeschadet des oben genannten Moratoriums in den letzten drei Jahren mit 20 verschiedenen Firmen aus Deutschland, Portugal, Belgien, Singapur und den USA 150 Verträge abgeschlossen worden, die eine Fläche von 21 Millionen Hektar betreffen (WRM 2007).

Die Zonierung von Waldflächen ist nicht auf Zentralafrika beschränkt. Auch in anderen walddreichen Ländern des Südens wurden großräumige Umschichtungen zugunsten des Holz-, Zellulose- und Energiehunders der Kernländer der ›freien Wirtschaft‹ in Gang gesetzt. ›Logging: the new conservation‹ (Holzeinschlag: der neue Naturschutz) frohlockt die renommierte Fachzeitschrift *Nature* in ihrer Ausgabe vom 5. April 2007 (Cyranoski 2007). Als ein ›490.000 Hektar-Experiment‹ wird die seit 2004 betriebene Zonierung in dem malaysischen Teil von Borneo bezeichnet. Die Hälfte dieser Fläche ist für die Holzgewinnung vorgesehen, etwa ein Drittel für den Naturschutz und der Rest zur Nutzung durch indigene Gruppen. Als erster Schritt wurden von *Grand Perfect*, einem aus drei Holzfirmen bestehenden Konsortium, das die Konzession für dieses ›Experiment‹ erworben hat, 70.000 Hektar kahl geschlagen, um sie anschließend mit einer schnell wachsenden Akazienart (*Acacia mangium*) zu bepflanzen. In sieben Jahren sollen von dieser gigantischen Plantage pro Jahr dreieinhalb Millionen Tonnen Holz ›geerntet‹ werden können. Wenn diese Zeit gekommen ist, wird alle paar Minuten ein 30-Tonnen-Truck die Plantage verlassen, um die Ernte einzufahren – in Richtung Zellulosefabrik oder Seehafen. Zur Pflege des grünen Images hat *Grand Perfect* eine eigene Naturschutzabteilung eingerichtet. Von dem Biologen Rob Stuebing geleitet, stehen dieser Abteilung 2% des *Grand Perfect* Budgets zur Verfügung. Das Bemühen von *Grand Perfect*, »Wissenschaftler (in das firmeneigene Naturschutzprogramm K.P.) zu integrieren und der Bau von relativ luxuriösen Feldstationen beeindruckte die Naturschutzbiologen« (Cyranoski 2007), die an einer von Stuebing einberufenen Konferenz unter dem Motto ›Schutz der biologischen Vielfalt in tropischen Forstpantagen in Südostasien‹ teilnahmen. Irgendwie hat die ›Integration‹ der Freilandbiologen in den Plantagenbetrieb von *Grand Perfect* den Beigeschmack von ›embedded journalists‹. Sie erhalten Zugang zu den vom Unternehmen kontrollierten Gebieten mit dem impliziten Auftrag, das Image des Konsortiums aufzubessern. Auch die »relativ luxuriösen Feldstationen« klingen irgendwie vertraut. Erinnern sie doch an



*Protest gegen Waldzerstörung in Honduras (Foto: COPINH)*

den Verwaltungspalast am Eingang der ›Biosphäre der Deutschen‹, dem Biosphärenreservat Rio Plátano in Honduras (vgl. Kasten 9). Befände sich hinter den Kulissen nicht so viel menschliches Leid, könnte man sich gelangweilt von den sich ständig wiederholenden Mustern der Imagepflege abwenden. Doch ähnlich wie in Malaysia, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo befindet sich die lokale Bevölkerung in vielen anderen Ländern des Südens in der Zange zwischen Naturschutz und Baumplantagen.

### **Wer braucht das viele Holz?**

Wenn sich die Weltbank – unterstützt oder toleriert von der Bundesregierung – anschickt, im Kongobecken einen wesentlichen Teil des zweitgrößten zusammenhängenden Waldgebietes der Erde der Zerstörung anheim fallen zu lassen, ergibt sich zwangsläufig die Frage – wer braucht das viele Holz? Darauf gibt der im Januar 2006 erschienene Alternative Waldschadensbericht

detailliert Antwort (urgewald e.V. et al. 2006). Dort heißt es (S. 11, Zahlenangaben bezogen auf 2004): »Der gigantische Papierverbrauch von weltweit 338 Millionen Tonnen pro Jahr wird nicht aus Wäldern mit nachhaltiger Bewirtschaftung gedeckt. Vielmehr werden intensiv bewirtschaftete Plantagen angelegt und Urwälder gerodet, um die immense Papiernachfrage zu decken...Deutschland nimmt als viertgrößter Papierkonsument weltweit dabei eine Spitzenrolle ein: Die Deutschen verbrauchen pro Jahr mehr Papier als Afrika und Südamerika zusammen. Der Großteil unseres Papiers wird für Verpackungen und Werbung genutzt, oft Wegwerf-Produkte mit einer sehr geringen Lebenszeit. Langlebige Produkte hingegen machen in Deutschland mit etwa 3 Prozent nur einen Bruchteil des jährlichen Papierverbrauchs aus.« Die Produktion von Papier und Pappe hat sich in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt (BLU 2003).

Weltweit verbraucht dieser Wirtschaftszweig mittlerweile knapp die Hälfte des für industrielle Zwecke geernteten Holzes. Doch während die globale Zellstoffindustrie boomt, stagniert in Deutschland der Einsatz von Recyclingpapier oder ist sogar rückläufig. Da - von 6 Prozent Inlandsaufkommen abgesehen - die Rohstoffe für das gesamte in Deutschland hergestellte Papier importiert werden, kann man sich die Auswirkungen auf Ressourcen und Lebensbedingungen der Menschen jener Länder vorstellen, aus denen das Holz kommt. Doch es sind nur zum Teil der kontinuierlich steigende inländische Papierverbrauch und Verpackungswahn, die zu Buche schlagen. Der »Exportweltmeister« Deutschland mit seinen 118 Papier- und Kartongefabriken führt jährlich 11,5 Millionen Tonnen Papierprodukte aus und rangiert damit hinter Kanada und Finnland auf Platz drei.

Der Energiebedarf für die Produktion von 1 kg Papier liegt bei 2,67 Kilowattstunden. Damit ist in Deutschland die Papier- und Zellstoffindustrie eine der energieintensivsten Branchen überhaupt und zugleich der fünftgrößte industrielle Energieverbraucher (BLU 2003, S. 10). »Klimaschutz durch effiziente Energieverwendung in der Papierindustrie« lautet der Titel dieser Broschüre des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz. Die Broschüre »Klima- und Ressourcenschutz durch radikal weniger Verpackungen« muss erst noch geschrieben werden. Sie wäre dann sicher ungeliebt, denn das käme einem Aufruf zur »Gefährdung von Arbeitsplätzen« gleich, dem jederzeit aktivierbaren Totschlagargument eines Wohlstands, der die Geißel von Wachstum und Profit ist.